

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486 — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einschluss 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Stellungskarten der Staatsgrenzenverteilung, Holzpfannen-Verkaufskarten der Staatsforstverwaltung.  
Verantwortlich für die Redaktion: Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 213

Dresden, Freitag, 12. September

1930

## Der Völkerbund zu Briand's Paneuropaplan.

### Der englische Außenminister fordert die Abrüstung der Völkerbundsstaaten.

Genf, 12. September.

Die Völkerbundsversammlung hat gestern ihre sachlichen Beratungen mit der allgemeinen Aussprache abgeschlossen.

Der Vertreter Kanadas, Sir Robert Borden, sagte auf: Das größte Verdienst des Völkerbundes sei, daß er eine ständige Erziehung der Nationen zum Frieden bewirke. Der Kellogg-Pakt sei geschlossen worden, trotzdem dauerten die Kämpfe an. Es ist zu bebauern, daß gleichzeitig mit dem Verzicht auf den Krieg nicht auch der Verzicht auf Rüstungen ausgesprochen ist.

Der französische Außenminister Briand erklärte zunächst, daß er in zweifacher Eigenschaft vor die Versammlung trete, als Delegierter Frankreichs. Als solcher habe er in dieser Aussprache über die Tätigkeit des Völkerbundes das Wort zu ergreifen und als Mandatar von 26 europäischen Staaten, in deren Namen er der Völkerbundsversammlung eine Mitteilung zu machen habe. Ich habe mich, so tief Briand mit harter Betonung aus, in den Gedanken geradezu verbohrt, daß, so lange ich bin und wirke, es keinen Krieg geben darf.

Wenn irgendwelche Schwierigkeiten auftauchen, werden wir sie in Frieden und durch den Frieden regeln. Das ist eine Ehrenpflicht gegenüber den Nationen, die ihr Vertrauen auf uns setzen.

Man hat jedoch vor diese Zeitlinie die Frage der Abrüstung gebracht. Es ist selbstverständlich, daß alle Friedensbedingungen, wenn sie nicht begleitet werden von einer Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen, unzureichend sind und den Völkern, die guten Willen sind, Enttäuschungen bereiten. Das darf nicht geschehen. Das, was die Unterzeichner des Völkerbunds Paktes versprochen haben, muß verwirklicht werden.

Mit der Bemerkung, daß der Völkerbund sich mit allen die internationalen Beziehungen beherrschenden Strömungen in Fühlung halten müsse, leitete Briand auf die europäische Frage über.

Briand bezeichnete seinen Plan als eine weitere große Anstrengung im Dienste des Friedens. Soweit die Bemerkungen, den Frieden zu sichern, im Rahmen des Völkerbundes geschehen müßten, werde auch die Idee vom Weltfrieden des Völkerbundes getragen. Eine Reihe von Tatsachen zwänge geradezu zu einer engeren Zusammenarbeit der europäischen Völker. Es läge in der Natur dieser Tatsache, daß die Völker, auf deren Territorium sich der Weltkrieg abgespielt habe und die heute immer noch unter den Folgen des Krieges litten, sich zu einer gemeinsamen Anstrengung zur Überwindung dieser Folgen aufriefen.

Briand sagte weiter aus, daß er von Anfang an die Schwierigkeiten der Verständigung über seine Idee ins Auge gefaßt habe. Diese müßten im Interesse des Friedens überwunden werden. In ihrer Antwort auf sein Memorandum hätten die 27 europäischen Staaten sich grundsätzlich in bejahendem Sinne geäußert und die Möglichkeit von ihm einberufener Konferenz dieser Staaten habe ihm einstimmig den Auftrag gegeben, die Frage der europäischen Einigung vor den Völkerbund zu bringen. Er habe die Überzeugung, daß der Völkerbund dem Plan gleichfalls seine Zustimmung gäbe, handle es sich doch um die Verwirklichung einer Idee, die auch den Zielen des Völkerbundes entspreche.

Es sei selbstverständlich, daß keine neue Organisation neben dem Völkerbund geschaffen werden soll, sondern daß die europäischen Einigungsbestrebungen, deren ökonomische Bedeutung er immer wieder hervorhob, nur im Rahmen des Völkerbundes verwirklicht werden könnten.

Nachdem Briand zunächst keine Rede davon sein, daß die geplante Vereinigung sich gegen andere Staaten oder Staatengruppen richte. Die Völkerbundsversammlung habe jetzt das Wort. Er hoffe, daß sie im Verlauf dieser Tagung den europäischen Völkern zuweisen werde: Marschiert weiter! Ihr seid auf dem Wege des Friedens!

In Fortsetzung der Aussprache über den Tätigkeitsbericht ergliff gestern nachmittags

der britische Außenminister Henderson das Wort zu einer groß angelegten Programmrede. Er schloß sich zunächst den ehrenden Worten an, die der Staatspräsident für Reichsminister Dr. Stresemann und für Kanfen, als Mitarbeiter und Vorkämpfer des Völkerbundes gesunden hatte und kam dann sogleich auf die Vorschläge der französischen Regierung zur europäischen Union zu sprechen, die, wie er hoffe, zu praktischen Ergebnissen führen werde.

Im Sinne der englischen Regierung sei die in der Entschließung der europäischen Staaten enthaltene Forderung, daß die angestrebte Zusammenarbeit in vollem Einvernehmen mit dem Völkerbund herbeigeführt werden soll. Im Verlauf seiner Rede wies Staatsminister Henderson auf das Interesse hin, das die britische Regierung an der Generalidee über die Schlichterbarkeit und an der Konvention über die finanzielle Unterstützung angelegener Staaten, wie überhaupt an allen Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung des Krieges nehme. England sei bereit, alle derartige Sicherheitsmaßnahmen zu unterstützen, doch unter einer Bedingung, daß ein allgemeiner Vertrag zur Herabsetzung und Beschränkung der nationalen Rüstungen durchgeführt werde. Deshalb werde England seine Zustimmung zu neuen Sicherheitsmaßnahmen nur unter der Bedingung effektiv werden lassen, daß die Abrüstung aufhört nur eine Frage zu sein und eine Welttätigkeit werde.

Die Mitglieder der Völkerbundsversammlung, so tief Henderson, haben nie geglaubt, daß die internationale Zusammenarbeit Erfolg haben könnte, wenn die nationale Rüstung unbeschränkt fortbestehen und wenn das Vertrauen wieder aufleben werde. Deshalb haben sie in Artikel 8 die Verpflichtung aufgenommen, eine allgemeine Herabsetzung und Einschränkung der nationalen

Streitkräfte durch internationale Verträge herbeizuführen. Diese Verpflichtung ist noch nicht eingeleitet worden, obwohl sie vor ein Jahrzehnt eingezogen worden ist. Die Jahre gehen dahin und doch bildet diese Verpflichtung einen Teil des Friedensvertrages und ist nicht weniger heilig als irgendeine andere Verpflichtung, die in diesen Verträgen enthalten ist. Auch diese Verpflichtung ist jede Regierung im Völkerbund gebunden. Es ist eine Forderung, die oft erneuert worden ist. Vor zwei Jahren erklärte die Versammlung, daß unter den gegenwärtigen Sicherheitsverhältnissen der Abschluß einer ersten allgemeinen Abrüstungskonvention möglich sei. Zwei Jahre sind vorübergegangen und wir haben diese allgemeine Konvention nicht abgeschlossen. Die Völker der Welt werden ungeduldig und zweifeln an unserer guten Willen.

Nach einem Hinweis auf die Londoner Flottenkonferenz schloß Henderson seine Rede mit folgenden, fast betont vorgetragenen Sätzen:

Wenn die Flottenabrüstung nicht allgemein durchgeführt werden kann, wenn sie nicht ergänzt werden kann durch die Einschränkung und Begrenzung der Land- und Luftstreitkräfte, so werden die Friedensverträge nicht ausgeführt worden sein.

### Briand's Antrag offiziell gestellt.

Genf, 12. September.

Der französische Außenminister hat gestern beim Präsidenten der Völkerbundsversammlung offiziell den Antrag gestellt, die Entschließung, die die Vertreter der europäischen Staaten am 8. September zur Frage der europäischen Föderation angenommen haben, auf die Tagesordnung der Bunderversammlung zu setzen. Er hat dem Präsidenten Titulescu die Entschließung überreicht.

## Ein amerikanischer Bankier über Deutschlands Wirtschaftslage.

New York, 12. September.

„New York Times“ veröffentlicht ein Interview mit dem Teilnehmer eines altangesehenen Bankhauses Lee Higginson, George Wurnane, der in diesem Jahre längere Zeit in Europa weilte, und sich besonders eingehend mit der deutschen Wirtschaftslage beschäftigt hat.

Wurnane führte aus: Der deutsche Handel und die deutsche Industrie befinden sich zweifellos in einem Zustande der Depression, der in Deutschland früher einsetzte, als in den meisten anderen Ländern. Abgesehen von der aus der zeitlichen Ausdehnung dieser Depression folgenden allgemeinen Belastung der Wirtschaft vermag Deutschland auch nicht den seelischen Folgen dieser Lage zu entgehen, denn in jedem Lande bedeutet eine lang andauernde Depression nicht nur eine starke Inanspruchnahme aller Wirtschaftskräfte, sondern auch der seelischen Energien. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich während des vergangenen Jahres so gut wie verdoppelt und die Notwendigkeit, unermutet große Summen zu ihrem Unterhalte beizuführen, bildet, ebenso wie die Tatsache, daß die Steuererträge weit hinter den Veranschlagten zurückbleiben, einen wesentlichen Faktor in der Depression, die sowohl die deutsche Finanzgebarung im allgemeinen als das Reichsbudget in besonderen ungünstig beeinflusst. Ein besonderer Umstand jedoch, der die wirtschaftliche Krise in Deutschland über den aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus zu erwartenden Umfang verstärkt hat, ist das schwindende Selbstvertrauen in breiten Schichten der Bevölkerung, das naturgemäß seinen Ausdruck in ersten Vorzeichen der wirtschaftlichen und politischen Krise Deutschlands findet, ob es Deutschland auf die Dauer möglich sein wird, die Lasten des Youngplans ohne Schädigung seines wirtschaftlichen

Lebens und ohne ernstliche Verschlechterung seiner Lebenshaltung zu tragen.

Diese Voransätze finden einen weiteren Ausdruck in der Frage, ob nicht zwischen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise und den Reparationszahlungen ein Zusammenhang besteht und ob Deutschlands Kaufkraft, von der unter anderen Umständen der Weltmarkt Vorteile haben würde, nicht beträchtlich durch die Reparationszahlungen eingeschränkt wird, da die Zahlungen Deutschland ja zwingen, auch den Teil seiner Erzeugnisse auf den Weltmarkt zu bringen, für dessen Verbrauch im Inlande die deutsche Kaufkraft nicht ausreicht. Diese und ähnliche Faktoren sind zweifellos Elemente, die das gegenwärtige Sinken des deutschen Selbstvertrauens begünstigen. Die erwähnten Voransätze und die durch die langwierige wirtschaftliche Depression verursachte Entmutigung werden von einigen Seiten als die Ursache der Kapitalflucht angesehen, die zweifellos im Verlaufe dieses Jahres noch zugenommen hat und die allgemein mit großem Interesse erörtert wird. Ein weiterer Faktor mag die ungewöhnliche Spannung zwischen den auf den Geldmärkten geltenden Zinssätzen für kurzfristige und für langfristige Kredite sein, ebenso auch die dauernde Depression der deutschen Effektenmärkte mit ihrem Rückgang der Aktienkurse auf ein Niveau, das nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht gerechtfertigt erscheint. In den statistischen Angaben über Deutschlands allgemeine wirtschaftliche Entwicklung spiegelt sich die unersentliche Situation wider. Insofern sollten diese Zahlen nicht, wie meist üblich, lediglich mit den entsprechenden Angaben über das vergangene Jahr verglichen werden. So sollte beispielsweise die Tatsache nicht übersehen werden, daß der Monatsdurchschnitt der deutschen Aus-

fuhr von 1927 bis 1929 von 551 auf 1057 Millionen RM., also nahezu das Doppelte stieg, während es zutrifft, daß sie im Laufe der letzten Monate dem Werte und dem Umfange nach einen beträchtlichen Rückgang gegenüber den entsprechenden Monaten des Vorjahres aufwies.

Ten Entwürfen eines hervorragenden Sachkenners der deutschen Wirtschaft zufolge hat die Produktion der elektrischen Industrie, die als typisch für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands angesehen werden darf, in der Zeit von 1913 bis 1928 solche Fortschritte gemacht, daß die Gesamtenergieleistung an elektrischem Strom in diesem Zeitraum von 2,8 auf 14 Milliarden Kilowattstunden, d. h. auf den Kopf der Bevölkerung berechnet von 42 auf 219 Kilowattstunden gestiegen ist. Diese Zahlen, die durch andere Beispiele vermehrt werden können, zeigen den Fortschritt der deutschen Wirtschaft trotz aller bedenklichen Folgen der Nachkriegszeit. Ein ausländischer Besucher kann sich dem Eindruck nicht entziehen, den dieses Deutschland macht, das ungeachtet seiner beschränkten Mittel abermals mit solcher Energie auf den Gebieten arbeitet, auf denen es vor dem Kriege eine so starke Stellung einnahm.

Zie auf den landwirtschaftlichen Versuchstationen wie z. B. in Münchenberg geleistete Arbeit zeigt die erfolgreiche Lösung von Problemen innerhalb von ein oder zwei Jahren, die anderswo den wissenschaftlichen Bemühungen von Jahrzehnten tropfen, wie beispielsweise die Entzerrung billiger Substanzen aus den Lupinen und die damit zusammenhängende Erhöhung ihres Nährwertes. Leistungen wie diese erhöhen das Vertrauen der Besucher Deutschlands, daß es durch seine wissenschaftliche Gewandtheit wie durch seine energische Arbeit auch seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden wird. Wie wenigstens scheinen solche Vorgänge und Entwicklungen eine Gewähr dafür zu bieten, daß Deutschland namentlich angesichts der bereits überwundenen Schwierigkeiten schließlich einen Ausweg aus seiner gegenwärtigen Lage finden wird.

Eine weitere Gewähr für die Wiedererholung und den Fortschritt des deutschen Wirtschaftslebens findet sich in der gegenwärtigen Position der Deutschen Reichsbank, deren Leitung unbestreitbar an den einfachen Grundgedanken einer konservativen Währungspolitik festhält. Dem steigenden Rückgang der von Handel und Industrie während der letzten Jahre und Monate an die Reichsbank gestellten Ansprüche entsprechend, ist auch der Devisenmarkt beruhigend. Die Gold- und Devisenreserven der Bank sind beträchtlich vermehrt worden mit dem Ergebnis, daß die Reichsbank gegenüber beträchtlichen Reserven zu ihrer Verfügung hat. Zudem ist Deutschland heute bereit in die Weltwirtschaft verflochten, daß es gar nicht aus eigener Anstrengung allein sich aus seiner gegenwärtigen Depression erheben könnte. In wachsendem Maße benötigt Deutschland heute die Nachfrage fremder Länder nach seinen Waren und für absehbare Zeit wenigstens die Deckung seines Kredit- und Kapitalbedarfes seitens des Auslandes. Die deutsche Industrie erweist sich eines hohen Ansehens im Auslande, und sie besitzt jeden Grund für die Annahme, daß ihr von den Finanzmärkten der Welt beträchtliche Beiträge zu ihrem Kapitalbedarf zuzufießen, wenngleich diese naturgemäß den Bedingungen unterliegen, die zu gegebener Zeit in diesen Finanzmärkten obwalten. Mut und Selbstvertrauen von Seiten des deutschen Volkes sind indessen nicht die in letzter Linie als bedeutsam in Betracht kommenden Faktoren zur Erhöhung des deutschen Kredit im Auslande. Die deutsche Regierung selber hat durch finanzielle und durch wirtschaftliche Maßnahmen zur Stärkung dieses Vertrauens beigetragen, namentlich durch ihre Politik der weitestgehenden Eliminierung der Lasten der Arbeitslosenversicherung aus dem Budget, wodurch ein Element der Unsicherheit beseitigt wurde, das während der letzten Jahre wiederholt das Gleichgewicht der Reichsfinanzen gefährdete. Ferner wurde ein großzügiger Plan öffentlicher Arbeiten